

Freiwilligenstrategie 2020

Protokoll: Drittes Treffen des Strategieforums, 10.10.2013

TOP 1: Begrüßung und Vorstellung der Mitglieder

Frau Lotzkat (BASFI, Leiterin des Amtes für Arbeit und Integration) begrüßt die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellt den gegenwärtigen Sachstand dar.

TOP 2: Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung.

Das Protokoll der Sitzung des Strategieforums vom 21.08.2013 wird durch die Anwesenden grundsätzlich genehmigt. Im Zusammenhang mit den Darlegungen zur Kooperation von Freiwilliger Feuerwehr und Katastrophenschutz mit den Freiwilligenagenturen / Einrichtungen des ehrenamtlichen Engagements, wird noch ein Formulierungsvorschlag zugeleitet werden, welcher in der Überarbeitung des Protokolls zu berücksichtigen ist.

TOP 3: Berichte aus dem thematischen Arbeitsgruppen

Für die Arbeitsgruppe Anlaufstellen und Struktur wird dargelegt, dass diese zunächst grundsätzlich feststellt, dass sich die Zugangswege zu ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement in den letzten 20 Jahren stark gewandelt haben. Nicht mehr selbstverständlich ist das „biografische Hineinwachsen“ in eine freiwillige Tätigkeit über den Sportverein, die Kirchengemeinde oder eine politische Partei. Mit der Veränderung der Motive, der zeitlichen und organisatorischen Formen ehrenamtlichen Engagements, wandeln sich auch die Erwartungen an eine freiwillige Tätigkeit.

Alle Einrichtungen reagieren auf die nachlassende Bindung im bürgerschaftlichen Engagement und bieten eine möglichst passgenaue Vermittlung zwischen den Wünschen und Möglichkeiten der engagementbereiten Menschen und den Angeboten von Organisationen. Die Einrichtungen weisen je nach den lokalen Gegebenheiten und abhängig von finanziellen und personellen Rahmenbedingungen starke Unterschiede auf. Die insgesamt zehn Einrichtungen zur Vermittlung in eine freiwillige Tätigkeit, sind in der Mehrzahl in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände und auch regional den Verbänden zugeordnet. Hieraus ergibt sich eine Konzentration der Einrichtungen auf den Bezirk Hamburg-Mitte. Die Beschränkung der Tätigkeit von Freiwilligenagenturen auf ausschließlich einen Bezirksamtsbereich ist nach Auffassung der Arbeitsgruppe in der Praxis weder realistisch noch sinnvoll. Welche Rolle der Bezirksverwaltung im Hinblick auf die Förderung des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements zukommt und ob Ansprechpartner (z.B. in den Fachämtern für Sozialraummanagement) vorhanden sind, wird für die Entwicklung der regionalen Anlaufstellen in Zukunft von Bedeutung sein.

Die zukünftige Herausforderung wird nach Auffassung der Arbeitsgruppe darin bestehen, eine hamburgweit vergleichbare Vermittlungsqualität für Engagementsuchende und Organisationen zu gewährleisten. Festgelegt wurden bislang entsprechende Standards wie Öffnungszeiten und Erreichbarkeit, einheitliche Kriterien für die Beratung von Organisationen aber auch die verbindliche Personal- und Kompetenzentwicklung für freiwillige und berufliche Mitarbeiter/innen der Freiwilligenagenturen. Darüber hinaus sollen die vereinbarten Standards eine grundsätzliche „Philosophie der Freiwilligenarbeit“ vermitteln. Weiterhin sollen die Qualitätskriterien eine Standardisierung und Optimierung der Arbeit in den Bereichen Kommunikation bzw. Vernetzung unterstützen. Der Prozess der Weiterentwicklung von Qualitätsstandards z.B. im Hinblick auf die interkulturelle Öffnung der Freiwilligenagenturen und die Themen Inklusion und Öffentlichkeitsarbeit soll weiter vorangetrieben werden.

Die Arbeit der Freiwilligenagenturen hängt entscheidend von einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit ab. Viele der Hamburger Freiwilligenagenturen bieten einen guten Medienauftritt im Internet, sind aber einer breiten Öffentlichkeit und vielen Organisationen, die nicht dem sozial-gemeinnützigen Bereich zuzuordnen sind, noch wenig bekannt. Es fehlt neben der lokalen Berichterstattung an überregionaler Presse- und Medienarbeit. Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit, Medien- und Plakat -kampagnen sind durchaus im Verbund der Freiwilligenagenturen wirksamer zu gestalten.

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe wird am 17.10.2013 stattfinden. Das Strategieforum nimmt Kenntnis.

Die Arbeitsgruppe Bildung und Qualifizierung wird voraussichtlich in der Sitzung am 21.10.2013 das Ergebnispapier erarbeiten. Als Ergebnis lässt sich schon im Vorwege festhalten, dass nach Auffassung der Arbeitsgruppe Weiterbildung und Qualifizierung nicht nur notwendige Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen für freiwillig Engagierte sind, sondern darüber hinaus auch ein Ausdruck der Wertschätzung. Konträr wurde innerhalb der Arbeitsgruppe über die Frage diskutiert, inwieweit die Qualifizierung von Freiwilligen zu deren Professionalisierung beitragen sollte. Einerseits wurde die daraus folgende Konkurrenz zu hauptamtlichen Kräften betont, andererseits hervorgehoben, der Einsatz von Freiwilligen erfolge unter anderen Rahmenbedingungen und Aufgabenstellungen. Es bestand in der Arbeitsgruppe die einvernehmliche Auffassung, dass Weiterbildung und Qualifizierung von freiwillig Engagierten eine gemeinsame Aufgabe von Vereinen, Verbänden und Organisationen sowie des Staates ist. Beiden Seiten obliegt es, den Engagierten die Möglichkeiten zu bieten, sich kompetent in ihre Aufgaben einzufinden und weiter zu entwickeln. Während Verbände und Organisationen vor allem für die Organisation und Durchführung der Weiterbildung ihrer Freiwilligen Verantwortung tragen, ist es Verpflichtung des Staates, hierfür Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Diese Rahmenbedingungen beziehen sich sowohl auf die Schaffung von Freiräumen zur Wahrnehmung von Fortbildungsangeboten (z.B. Bildungsurlaub) als auch zur Unterstützung von Infrastrukturmaßnahmen (z.B. umfassende und unkomplizierte Information über Fortbildungsangebote).

Die direkte Finanzierung von Fortbildungsmaßnahmen ist nach Auffassung der Arbeitsgruppe keine generelle Aufgabe staatlicher Stellen, kann jedoch in Einzelfällen unterstützt werden. Die Qualifizierung wird zum großen Teil eine fachspezifische Maßnahme sein. Allerdings ist es nach Ansicht der Arbeitsgruppe möglich, Synergien (z.B. in den Bereichen EDV, Verwaltung, Struktur) zu „heben“. Hier sind besonders auch die Vereine, Verbände und Organisationen zur Kooperation aufgefordert. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass der wirkliche Qualifizierungsbedarf in Hamburg und bei den einzelnen Engagementbereichen nicht festgestellt ist. Hierzu sollte eine institutionalisierte Zusammenarbeit über die Engagementbereiche hinweg auf Verbandsebene initiiert werden. Inwiefern staatliche Fortbildungseinrichtungen (vor allem Volkshochschulen, aber auch Qualifizierungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes) sowie Vereine, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen im Sinne der Qualifizierung von Freiwilligen kooperieren können, sollte

einer Prüfung unterzogen werden. Um diese Synergieeffekte zu erzeugen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Organisationen und Verbänden die Möglichkeit zu geben, Kursangebote wahrzunehmen bzw. darzustellen und öffentlich zu machen, ist nach Ansicht der Arbeitsgruppe eine internetgestützte Angebotsplattform das geeignetste Instrument. In Hamburg besteht mit „q-aktivoli“ bereits eine solche Plattform. Als optimalere Alternative wird allerdings der verbesserte Angebotszugang der sogenannten „Freiwilligenakademie“ erachtet. Insofern wurde es von Teilnehmern der Arbeitsgruppe nicht als adäquate Lösung angesehen, die bestehende Datenbank q-aktivoli zu aktualisieren. Stattdessen solle die „Freiwilligenakademie“ als neue Plattform eingesetzt werden. Eine gezielte Erweiterung des Fortbildungsangebotes über die Hamburger Landesgrenzen hinaus ist zunächst nicht geplant, wird jedoch nach Etablierung der Plattform als prüfungswürdig erachtet. Das Thema freiwilliges Engagement und öffentliche Bildung wurde in der Arbeitsgruppe angesprochen, jedoch nicht eingehend behandelt. Es besteht Einvernehmen, dass Jugendliche bei der Wahrnehmung von freiwilligem Engagement künftig vor massive Probleme gestellt werden (z.B. durch die Einführung der Ganztageschule).

Das Strategieforum nimmt Kenntnis, wobei ergänzend festgehalten wird, dass die Qualifizierung bzw. Fort- / Weiterbildung im Bereich Katastrophenschutz bzw. Feuerwehr mit besonderen Anforderungen verbunden ist.

Die Arbeitsgruppe Anerkennung stellt zu Beginn fest, dass die Erarbeitung von Ergebnissen zu den Themen finanzielle Anreizsysteme, Monetarisierung und Abgrenzung zum Arbeitsmarkt des freiwilligen Engagements im Rahmen der Arbeitsgruppe nicht leistbar ist. Darüber hinaus wird für den Bereich Anerkennung grundsätzlich festgestellt, dass die Form der Anerkennung sich an den unterschiedlichen Interessen, den Ziel- / Altersgruppen bzw. den Generationen und Geschlechtern, sowie den jeweiligen Engagementfeldern, z.B. Kultur, Sport oder der Sozialbereich orientieren muss.

Das Thema Anerkennung setzt eine wertschätzende Haltung zum freiwilligen Engagement voraus und ist gleichermaßen Aufgabe von Verbänden, Organisationen, Vereinen, von Staat und Verwaltung sowie von den Medien und der Wirtschaft. Die bestehenden Ehrungen in Form von Medaillen, Auszeichnungen, Senatsempfängen, Wettbewerben reichen nach Auffassung der Arbeitsgruppe aus, müssen aber insbesondere unter zielgruppenorientierten Gesichtspunkten weiterentwickelt werden. Dies gilt ergänzend für Aspekte wie die Vielfalt der Ehrungen, die Transparenz der Vergabekriterien, die Form der Veranstaltungen und die Präsenz von Senatsmitgliedern. Die Arbeitsgruppe hält das bisherige Vergabeverfahren des „Hamburger Nachweis für Bürgerschaftlichen Engagement“ für optimierbar und schlägt zur Modernisierung und Akzeptanzsteigerung neben einer veränderten äußeren Form (z.B. Hamburg-Wappen, Unterschrift des Ersten Bürgermeisters oder eines Senators) vor, die Öffentlichkeitsarbeit durch eine Medienkampagne gezielt zu verstärken. Darüber hinaus wird empfohlen, in Zusammenarbeit mit Kammern und Wirtschaftsverbänden den „Hamburger Nachweis“ zu einem aussagekräftigen Kompetenznachweis für Unternehmen zu entwickeln.

Als weitere Instrumente der Anerkennung wäre nach Auffassung der Arbeitsgruppe zu prüfen, ob eine Gewährung von Bildungsurlaub z.B. zu Themen wie Vereinsrecht oder Engagementkultur ermöglicht werden kann, ob eine die Freistellung (festgelegtes Stundenkontingent) für freiwilliges Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen und Betrieben, in gemeinnützigen Einrichtungen und in der öffentlichen Verwaltung realisierbar ist, ob die Finanzierung einer HVV Karte für einen definierten Kreis von Freiwilligen gewährleistet werden kann und ob ggf. eine Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg, geeignet ist, um die bestehenden steuerlichen Anreize im Bereich Ehrenamtliches Engagement auszubauen.

In der Arbeitsgruppe besteht Übereinstimmung, dass eine Kultur der Anerkennung in Organisationen weiter etabliert werden muss. Der vorliegende „Leitfaden für die Zusammenarbeit

von Organisationen und Freiwilligen“ ist in diesem Sinne als ein förderlicher Impuls für Weiterentwicklung des Themas zu verstehen.

Das Strategieforum nimmt Kenntnis.

Für die Arbeitsgruppe Internet und Social Media wird abschließend dargelegt, dass das Freiwilligen-Portal unter www.hamburg.de/engagement weiter ausgebaut werden sollte (z.B. Aktualisierungen, Verlinkungen mit anderen Behörden herstellen, Barrierefreiheit) und zu prüfen ist, ob die vorhandenen personellen Ressourcen zur Pflege des Freiwilligen-Portals ausreichend sind. Die Option eines Freiwilligen-Portals außerhalb von www.hamburg.de wird durch die Arbeitsgruppe abgelehnt, da dies bedeuten würde, dass keine Steuerung und Pflege durch BASFI gewährleistet wäre. Die Arbeitsgruppe befürwortet eine gemeinsame Datenbank zur Engagementsuche. Von Seiten der Freiwilligenagenturen ist in diesem Zusammenhang eine Vernetzung über einen gemeinsamen Datenpool (Freinet) geplant, da eine gemeinsame Datenbank nicht über www.hamburg.de realisiert werden kann. Die Nutzung von Social Media wird durch die Arbeitsgruppe, insbesondere vor dem Hintergrund technischer und datenschutzrechtlicher Aspekte, kritisch bewertet. Das Freiwilligen-Portal von Rheinland-Pfalz ist nach Auffassung der Arbeitsgruppe kein Vorbild für die Gestaltung des Hamburger Freiwilligen-Portals. Das Strategieforum nimmt Kenntnis.

TOP 4: Ausblick auf die geplanten Veranstaltungen

Der Ablauf der geplanten Veranstaltungen wird durch die Vertreter / -innen der BASFI mündlich vorgestellt.

TOP 5: Weitere Vorgehensweise

Die vorgenannten vorläufigen Ergebnisse der Arbeitsgruppen und der Veranstaltungen werden in abgestimmten Ergebnispapieren zusammengefasst. Die Papiere sollen in der nächsten Sitzung des Strategieforums diskutiert werden.

TOP 6: Verschiedenes

Es ist vorgesehen, dass das nächste Treffen am 27. November 2013 stattfindet.

Nähere Informationen hierzu erfolgen noch.

Für Nachfragen/ Anregungen etc. wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle:
Herrn Jens Grapengeter, Tel.: 42863-3891, jens.grapengeter@basfi.hamburg.de

oder an den Referatsleiter des Referats für Bürgerschaftliches Engagement: Herrn Dr. Michael Maaß, Tel.: 42863-4697, michael.maass@basfi.hamburg.de.

Jens Grapengeter

